

Die zweite Sharon-Regierung

Vorprogrammierte Stagnation?

Muriel Asseburg

Knapp einen Monat nach den Parlamentswahlen zur 16. Knesset am 28. Januar 2003 hat der alte und neue israelische Premierminister Ariel Sharon seine neue Regierung vorgestellt. Ihm ist es nicht gelungen, eine Regierung der nationalen Einheit unter Beteiligung der Arbeitspartei zu bilden. Sharon steht nun einer rechtsnationalen Koalition aus Likud, Shinui, Nationalreligiöser Partei und Nationaler Union vor. Zusammensetzung, Koalitionsvereinbarungen und Regierungsansprache lassen nicht erwarten, daß von dieser Koalition neue Impulse für den Friedensprozeß ausgehen werden. Zu befürchten ist vielmehr eine Eskalation der militärischen Maßnahmen zur Unterdrückung der Intifada sowie eine Politik, die durch die Ausweitung des Siedlungsbaus mittelfristig eine Zwei-Staaten-Lösung effektiv verhindern wird. Auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Israels ist unwahrscheinlich.

Die Koalition spiegelt insofern den Wählerwillen wider, als die Wahlsieger in ihr vertreten sind, die Wahlverlierer aber nicht: Der Likud hatte unter Führung von Ariel Sharon seine Sitzzahl auf 38 verdoppelt und ist damit größte Fraktion in der Knesset geworden. Nachdem die von Nathan Sharanski geführte Einwandererpartei Yisrael B'Aliyah im Likud aufgegangen ist, umfaßt die Fraktion nun 40 Abgeordnete. Massiv hinzugewonnen hat auch die säkular orientierte Shinui-Partei unter Josef Lapid. Sie wurde mit 15 statt bisher 6 Sitzen drittgrößte Fraktion. Wahlverlierer waren die Arbeitspartei unter Führung von Amran Mitzna (von 25 auf 19 Sitze), die ultra-orthodoxe, sephardische Shas-Partei unter Führung von Eli Yishai (von 17 auf 11) und die

links-liberale Meretz (von 10 auf 6) unter Jossi Sarid – der daraufhin zurücktrat. Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Knesset (siehe S. 5) ist in erster Linie auf den Rechtsruck in der israelischen Bevölkerung zurückzuführen, hervorgerufen durch die gewalttätigen israelisch-palästinensischen Auseinandersetzungen seit Herbst 2000. Zudem gelang es der populistischen Shinui, Wähler überwiegend der Mittelschicht zu gewinnen, indem sie sich als rationale, säkulare und »saubere« Alternative zu Likud und Labour präsentierte und gleichzeitig die Ultra-Orthodoxen und »alles Orientalische« zum Sündenbock erklärte. Die Shas verlor infolge von Korruption und Vetternwirtschaft im Parteiapparat an Unterstützung. Ein Teil ihrer Wählerschaft

fühlte sich zudem aufgrund der Sicherheitssituation verpflichtet, nicht länger die anti-zionistische Shas, sondern nationalistisch zu wählen, sprich: Likud oder Shinui.

Friedenspolitische Perspektiven

In der Regierungsansprache hat sich Sharon auf seine Rede vor dem *Institute for Policy and Strategy* in Herzliya vom 4. Dezember 2002 bezogen. Darin hatte er explizit der Bush-Rede vom 24. Juni 2002 und einer phasenweise umzusetzenden Zwei-Staaten-Lösung zugestimmt. Damit schien er sich friedens- und kompromißbereiter als seine Partei zu präsentieren, deren Zentralkomitee im Mai 2002 mit großer Mehrheit die Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates grundsätzlich abgelehnt hatte. Allerdings betonte Sharon, daß der Übergang von einer zur nächsten Phase von den Fortschritten der Palästinenser in den Bereichen Reformen, Regimewechsel und Waffenruhe abhängen und die Souveränität eines vorläufigen palästinensischen Staates stark eingeschränkt sein würde. Über die konkrete Ausgestaltung eines endgültigen Friedensabkommens, etwa in bezug auf Grenzen und Status des palästinensischen Staates, machte er keine Aussagen.

Ariel Sharon hat in seiner letzten Amtsperiode hart daran gearbeitet, in Israel und im Ausland als pragmatischer Führer gesehen zu werden, den nur der Terrorismus der Palästinenser daran hindert, Frieden zu schließen. So hat er politische Initiativen wie den Mitchell-Report, das Tenet-Abkommen und die Bush-Rede positiv aufgenommen und immer wieder seine Bereitschaft zur Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung und zu schmerzhaften Zugeständnissen bekräftigt. Gleichzeitig hat er einen harten militärischen Kurs der Unterdrückung der Intifada verfolgt und jegliche Verhandlungen »unter Feuer« abgelehnt. Weder hat er eigene Friedensinitiativen vorgelegt noch erläutert, an welche »schmerzhaften Konzessionen« er denkt. In den schließlich gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit der Arbeits-

partei hat Sharon auf der strategischen Bedeutung der Siedlungen beharrt und es abgelehnt, sich schriftlich auf einen Siedlungsstopp oder einen Zeitplan für Friedensverhandlungen und die Errichtung eines palästinensischen Staates zu verpflichten. Auch in seiner Regierungsansprache hat er lediglich deutlich gemacht, zu welchen Konzessionen er *nicht* bereit ist: ganz Jerusalem soll unter israelischer Souveränität bleiben; die Palästinenser sollen auf das völkerrechtlich verbrieftete Rückkehrrecht verzichten. Als Prioritäten der neuen Regierung hat er die Stärkung des jüdischen Charakters Jerusalems und die Förderung der Immigration benannt.

Auch die Regierungszusammensetzung deutet nicht darauf hin, daß Sharon eine friedenspolitische Wende plant. Es ist eine Koalition der Falken, der Populisten, der Siedlervertreter und der Rechtsextremen. Die Ministerien, die für den Friedensprozeß und die Sicherheitspolitik die wichtigste Rolle spielen, hat er entweder mit Gefolgsleuten (*Außenbeziehungen*: Silvan Shalom, *Verteidigung*: Shaul Mofaz), mit Likud-Hardlinern (*Öffentliche Sicherheit*: Tzachi Hanegbi) oder mit Siedlervertretern (*Wohnungsbau*: Effi Eitam) besetzt. Im Vordergrund stand nicht die sicherheitspolitische Orientierung der jeweiligen Kandidaten, sondern der Versuch, die unterschiedlichen Strömungen und ethnischen Gruppen innerhalb des **Likud** zu repräsentieren, die Koalitionspartner einzubeziehen und den Konkurrenten Netanjahu aus der Regierung zu entfernen.

Der größte Koalitionspartner **Shinui** hat zwar Bereitschaft zu Verhandlungen über ein Friedensabkommen, zu »schmerzhaften Kompromissen« und zu einer Zwei-Staaten-Lösung signalisiert. Die Agenda der Partei ist aber prioritär auf die Innenpolitik zugeschnitten. Entsprechend hat sie auch keine Initiativen vorgelegt, die einen Weg aus der Krise aufzeigen würden.

Die **Nationalreligiöse Partei (NRP)** vertritt die Vision eines Groß-Israels zwischen Mittelmeer und Jordan. Die Palästinenser hätten die Wahl, in »ihren Staat« Jordanien zu gehen oder ohne Bürgerrechte in »Israel«

zu bleiben. Die Partei tritt für eine militärische Lösung des Konflikts mit den Palästinensern ein. Sie befürwortet die Ermordung oder Deportation Arafats und die Zerstörung der Infrastruktur der Palästinensischen Autorität. Seit jeher hat sich die NRP um die religiöse Legitimierung des zionistischen Ziels bemüht: der jüdische Staat dürfe nicht abgetrennt von den religiösen Wurzeln des Judentums entstehen und sich entwickeln. Damit ist die Partei Vorreiterin eines allgemeineren Trends in der israelischen Gesellschaft: der Annäherung der Religiösen und (Ultra-)Orthodoxen auf der einen und der Vertreter der Siedler bzw. der Groß-Israel-Idee auf der anderen Seite. Als designierter Minister für Wohnungsbau hat der Parteivorsitzende Effi Eitam eines der Schlüsselministerien inne, wenn es um die Frage des Siedlungsbaus geht.

Auch mit dem dritten Koalitionspartner, der **Nationalen Union**, ist eine israelisch-palästinensische Annäherung ausgeschlossen. Die Nationale Union unter Führung von Avigdor Lieberman ist ein Zusammenschluß der beiden nationalistischen Siedlerparteien Moledet und Tekuma mit einer Partei der russischen Einwanderer namens Yisrael Beytenu. Insbesondere die Moledet propagiert den sogenannten »freiwilligen« oder »akzeptierten Transfer« von Palästinensern, also die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, um sie zu ermutigen, die besetzten Gebiete zu verlassen. Folgerichtig waren diese Parteien im März 2002 aus der von Sharon geführten Koalition wegen dessen in ihren Augen nachgiebigen Haltung gegenüber den Palästinensern ausgetreten; sie sprachen sich gegen einen Abzug der israelischen Armee aus den palästinensischen Stadtzentren und gegen eine Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Zivilbevölkerung aus. NRP und Nationale Union haben in den Koalitionsverhandlungen ihre grundsätzliche Opposition gegen einen palästinensischen Staat bekräftigt und Sharon das Versprechen abgerungen, ohne vorherige Zustimmung der Regierung keine substan-

tiellen Verhandlungen mit den Palästinensern zu führen.

Ausweg aus der Wirtschaftskrise?

Zwar hat Sharon in seiner Regierungsansprache angekündigt, daß die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation oberste Priorität haben solle. Er hat aber keine konkreten Hinweise auf wirtschaftliche Reformen gegeben und die einschlägigen Schlüsselministerien – Finanzen, Industrie und Handel – sozusagen als Abfindung an Benjamin Netanjahu respektive Ehud Olmert vergeben. Das Ministerium für Arbeit und Soziales soll mit Zevelun Orlev (NRP) besetzt werden. Diese Besetzungspolitik zeigt, daß Sharon der Finanz- und Wirtschaftspolitik nach wie vor geringe Bedeutung zumißt. Keineswegs aber steht sie für einen neuen Ansatz zur Lösung der gewaltigen Wirtschaftsprobleme Israels.

Die Aufnahme von NRP und Nationaler Union in die Koalition dürfte die notwendige Senkung der Staatsausgaben nicht erleichtern: die rechten Parteien werden im Gegenteil eine weitere Einschränkung der Sozialausgaben ablehnen und eine Ausweitung des Siedlungsbaus fordern. Vor allem aber ist die wirtschaftliche Misere ursächlich mit den andauernden gewalttätigen Auseinandersetzungen verbunden. Ein Ende des Quasi-Kriegs-Zustandes ist Voraussetzung dafür, daß die israelische Wirtschaft wieder auf die Beine kommen kann.

Eine zivile Revolution?

Im Wahlkampf hat die Shinui ein Programm gegen die Bevorzugung der Orthodoxen, gegen eine an religiösen Grundsätzen orientierte Gesetzgebung und für einen säkularisierten Staat Israel vorgestellt, der sich an rechtsstaatlichen Normen orientiert. Mit der Besetzung der entscheidenden Ministerien Inneres (bis dahin Shas) und Justiz durch die Shinui besteht in der Tat eine Chance zur Durchführung gesellschaftlicher Reformen. Insbesondere die Führung des Innenministeriums gibt der

Shinui die Möglichkeit, über die Kommunen statt der religiösen vermehrt säkulare Institutionen zu fördern. Die Shas-Partei hatte als Inhaberin des Innenressorts religiöse Schulen und andere, überwiegend von den Ultra-Orthodoxen genutzte religiöse Einrichtungen finanziell massiv unterstützt. Da auch das Religionsministerium aufgelöst worden ist, fallen weitere potentielle Zuwendungsquellen der religiösen Einrichtungen weg.

Zwar hat die Shinui im Koalitionsvertrag mit der NRP einen Teil der im Wahlkampf vertretenen Positionen wieder aufgegeben, etwa die generelle Einführung ziviler Ehen. Dieser Vertrag wird aber dennoch Reformen zulassen, die auf mehr Gleichheit in der Gesellschaft abzielen und Ausnahmeregelungen für die Ultra-Orthodoxen aufheben. So sollen etwa kinderreiche Familien bei der Vergabe von Kindergeld nicht länger bevorzugt werden. Geplant ist auch eine Reform des Gesetzes, das ultraorthodoxe Juden vom Militärdienst befreit.

Politische Alternativen

Die neue Regierung Sharons stützt sich mit 68 von 120 Knessetsitzen auf eine relativ knappe Mehrheit. Stabil wird sie nur so lange sein können, wie der Friedensprozeß vollständig auf Eis liegt. Nicht einmal taktische Zugeständnisse Sharons, die er benötigt, um gegenüber In- und Ausland seinen Friedenswillen zu demonstrieren, werden NRP und Nationale Union mittragen.

Schon gar nicht werden sie positiv auf die Aktivitäten des nahostpolitischen Quartetts (USA, EU, UN und Rußland) reagieren. Wenn der US-Präsident es zuläßt, daß die *road map* in absehbarer Zeit – etwa nach einem möglichen Krieg gegen den Irak – veröffentlicht und Druck auf Israel ausgeübt wird, sich auf die Umsetzung der einzelnen Schritte, einen festen Zeitplan und die Realisierung einer Zwei-Staaten-Lösung zu verpflichten, steht Sharon vor der Wahl, den amerikanischen Freund zu düpieren oder den Bruch der Koalition zu riskieren. Läßt der Präsident der USA es hin-

gegen zu, daß die *road map* im Sinne Sharons umdefiniert wird und damit ihre Verbindlichkeit und die Aussicht auf vollständige Implementierung verliert, ist zwar selbst mit dieser Koalition eine Zustimmung vorstellbar. Die Fortsetzung der friedenspolitischen Blockade ist aber vorprogrammiert.

Eine konstruktive Oppositionspolitik oder gar die Ablösung der Regierung werden dadurch erschwert, daß die Opposition zwar einen hohen Anteil an Knessetsitzen hat, aber mit acht Parteien, die sich über das gesamte politische Spektrum verteilen, stark zersplittert ist.

Der Vorsitzende der Arbeitspartei, Amran Mitzna, hat im Wahlkampf einen friedenspolitischen Ansatz vertreten, der auf die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen baut und einen unilateralen Abzug aus den besetzten Gebieten nicht ausschließt, sollten die Verhandlungen scheitern. Zudem hat er einen sofortigen einseitigen Abzug aus dem Gaza-Streifen propagiert. Ob es Mitzna allerdings gelingt, auf Basis dieses Ansatzes eine starke Opposition und damit eine politikfähige Alternative zur Regierung zu formen, ist zweifelhaft. Denn sein Ansatz ist in der Parteilite stark umstritten. Prominente Labour-Abgeordnete, etwa Shimon Peres, plädieren nach wie vor für eine Regierungsbeteiligung, die ihnen nicht nur die Möglichkeit der Mitsprache, sondern – über die Ressorts – auch den Zugriff auf Pfründe gewährleisten würde. Im Umfeld der Regierungsbildung hat es daher massive Spannungen zwischen Mitzna und prominenten Partei-Politikern wie Ben-Eliezer, Peres, Itzik und Sneh gegeben. Zudem sind wichtige Befürworter einer Friedenspolitik, wie Jael Dajan und Jossi Katz oder der Oslo-Architekt Jossi Beilin, nicht länger in der Labour-Fraktion vertreten. Daher ist abzusehen, daß Mitzna bei den Neuwahlen zum Parteivorsitzenden, die binnen vierzehn Monaten stattfinden müssen, wenig Rückhalt in seiner Partei finden wird. Damit sind auch von der Opposition keine Impulse für ein Durchbrechen der Blockade zu erwarten.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Sitzverteilung in der 16. Knesset (120 Sitze)

Regierungskoalition: 68 Sitze

